

Sozialwörterbuch

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 42. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUS, CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER, VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Sonntag, 1. Dezember 1935

Nr. 280



Caballero freigesprochen

Staatsanwalt hatte 30 Jahre
Zuchthaus beantragt

Madrid. Samstag mittags ist das Urteil in dem Prozeß gegen den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei und führenden Präsidenten des sozialdemokratischen Arbeiterverbandes Largo Caballero verkündet worden. Largo Caballero, der als oberster Führer der Oktober-Revolution angeklagt worden war, wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Der Strafantrag des Staatsanwaltes hatte auf 30 Jahre Zuchthaus gelaufen.

Der Sinn des Kapitalismus

Schacht für das Privatkapital

Berlin. Reichsbankpräsident Schacht sprach in der Akademie für deutsches Recht über die deutsche Aktienrechtsreform, wobei er einleitend die unbedingte Notwendigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsform für das deutsche Wirtschaftsleben darlegte und sie auch mit der modernen Wehrmacht begründete. Geschäfte, Flugzeuge und Unterseeboote, sagte Schacht, seien Dinge, die ohne industrielle Höchstentwicklung im kapitalistischen Sinne undenkbar seien.

Steckbrief gegen den Mörder

K. Scheithauer aus Lichtwerden

Der Sicherheitsrundfunk sendete am Samstag einen Steckbrief gegen den vermutlichen Mörder des Genossen Rosenzweig. Es handelt sich um den 32jährigen K. Scheithauer aus Lichtwerden bei Freudenthal. Seine Familie lebt in Freudenthal. Scheithauer selbst ist flüchtig. Seine Person wird folgendermaßen beschrieben: 170 Zentimeter groß, von starker Gestalt, volles Gesicht, dunkelblaue Augen. Sein von den tschechoslowakischen Behörden angestellter Reisepaß trägt die Nummer 678, Kontrollnummer 20.233. Der Paß wurde am 26. August d. J. für fünf Jahre ausgestellt.

Für planvollen Neuaufbau der Gesundheitsverwaltung

Das Schlußwort des Genossen Dr. Czech

In seinem Schlußwort im Gesundheitsauschuss dankte Genosse Dr. Czech namens des Ministeriums für die im Laufe der Debatte wiederholt bekundete Anerkennung. Noch einmal unterstreicht er, daß in den zurückliegenden 17 Jahren von der Gesundheitsverwaltung, in welche er auch die freiwillige Gesundheitsfürsorge einschließt, Großes geschaffen wurde. Trotzdem hält er es für notwendig, daß man mehr an einen planvollen Neuaufbau der Gesundheitsverwaltung geschritten werde. Das sei der Kernpunkt des Exposés gewesen und das könne nicht nachlässig genug unterstrichen werden.

Der Minister verweist darauf, daß im Gegensatz zur sinkenden Tendenz der Sterblichkeit die Krankheitshäufigkeit in unserem Staate leider zunehme, daß wohl erschwerender die Tuberkulosesterblichkeit die Sterblichkeit sei, daß aber andererseits die Sterblichkeit an Krebserkrankungen von Jahr zu Jahr ansteige. Dieser furchtbaren Krankheit sind im zurückliegenden Jahre 18.138 Personen erlegen schließlich hat — was geradezu erschütternd ist — die Zahl der Sterbefälle an Herzkrankheiten sowie an Störungen im Blutkreislaufspruch bereits die Zahl der Tuberkulosesterbefälle von 20.725 weit überstiegen und die Höhe von 30.842 erreicht. Die Zahl der Erkrankungsfälle an Rheumatis-

Zusammenkunft Baldwins mit Laval?

Sanktionsausschuß für den
12. Dezember einberufen

Paris. (Tsch. F.-B.) Aus Londoner politischen Kreisen und in der Presse wurde Samstag nach Paris der Wunsch übermittelt, daß es vorteilhaft wäre, wenn vor den Genfer Beratungen über die Sanktionen die Ministerpräsidenten Laval und Baldwin persönlich zusammenkommen würden, um gemeinsam ihre Ansichten über aktuelle Fragen auszutauschen, und zwar sowohl betreffend die Einführung des Embargos auf Petroleum, als auch über die Möglichkeit einer Regelung des italienisch-afghanischen Konfliktes, und möglicherweise auch über die allfälligen deutsch-französischen Verhandlungen. In amtlichen französischen Stellen ist jedoch über eine Zusammenkunft zwischen Laval und Baldwin nichts bekannt.

London scheint fest an dem Gedanken einer radikalen Verschärfung der Sanktionen und namentlich eines Einfuhrverbotes für Petroleum nach Italien zu hängen. Paris zögert und würde eher diplomatischen Verhandlungen den Vorzug geben. Sowohl London als auch Paris sind jedoch darin einig, daß es notwendig sei, daß beide Großmächte sowohl gegenüber Rom als auch gegenüber Genf in dieser Angelegenheit gemeinsam vorgehen. London scheint in der gegenwärtigen Lage die französisch-deutschen Verhandlungen nicht günstig zu betrachten und die englische Presse schreibt offen, daß England und Frankreich auch diesbezüglich gemeinsam vorgehen müssen.

London. Das Kabinett wird, wie „Daily Telegraph“ meldet, in einer Sonder Sitzung am kommenden Montag die gesamte internationale Lage und besonders das Problem der Sanktionen gegen Italien überprüfen. Voraussetzungen sind die englische Regierung in dieser Sitzung ihre endgültige Stellungnahme zu dem geplanten Einfuhrverbot festlegen. „Morningpost“ meldet, voraussichtlich werde die britische Regierung in Genf das Einfuhrverbot nicht selbst vorschlagen, angesichts der Schwierigkeiten bezüglich der amerikanischen Einfuhr werde jedoch die Entwicklung wahrscheinlich nicht so schnell vor sich gehen, wie man allgemein annahm.

12. Dezember: Sanktionskonferenz

Beide Ausschüsse der Sanktionskonferenz, der wirtschaftliche und der finanzielle, unterbrechen heute ihre Arbeiten. Die Delegierten haben Genf verlassen. Die neue Sitzung der Sanktionskonferenz wird am 12. Dezember eröffnet werden, an welchem Tage der Ausschuss für die Durchführung der Sanktionen wieder zusammentritt. Die im Vierzehnerausschuß der Sanktionskonferenz vertretenen Regierungen wurden heute von Vasconcellos aufgefordert, ihre Delegationen zum 12. Dezember nach Genf zu entsenden. Vor Abschluß der gegenwärtigen Tagung der Sanktionskonferenz wurde bestimmt, daß der Vorsitzende Vasconcellos sich noch einmal an die Regierungen jener Staaten, die nicht Mitglieder

Handelspolitische Aktivität

Zahlreiche Handelsvertragsverhandlungen zur Förderung des Außenhandels

Entsprechend dem Vortrang, der heute dem Außenhandel in den Bemühungen um die Flottmachung der Wirtschaft zukommt, sind die Regierungen aller Länder bestrebt, das Netz ihrer Handelsabkommen und -Verträge auszubauen und zu vervollständigen. Das ist aber heute ein ungleich schwierigeres Beginnen als früher. Denn es handelt sich ja dabei nicht nur darum, rechtmäßige Vereinbarungen über den Außenhandel mit den Partnern zustandezubringen, sondern vor allem darum, daß sich der Handelsverkehr auch auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge reibungslos vollzieht.

Da nun während der Krise handelspolitische Abkommen und Verträge nur mit verhältnismäßig kurzer Laufzeit unterzeichnet wurden, da außerdem der tägliche Außenhandelsverkehr eine nicht abbrechende Kette von Schwierigkeiten hervorbringt, so laufen fortgesetzt gleichzeitig eine ganze Anzahl von Verhandlungen mit dem Ziele, die eigene Ausfuhr und den gesamten Handelsverkehr mit den ausländischen Partnern zu fördern.

Badoglios erste Tat

Eine Drohung an die Journalisten

Komara. Die in Komara tätigen Berichterstatter der ausländischen Blätter werden nach einer Erklärung des Marschalls Badoglio, die dieser bei seiner gestrigen Zusammenkunft mit den ausländischen Journalisten abgab, in Hinblick für alles, was ihre Blätter veröffentlichen, persönlich verantwortlich gemacht werden. Der Marschall fügte hinzu, er glaube, daß es nur selten notwendig sein werde, sich auf diese Erklärung zu berufen.

Der Negus in Dessie

Abessinier melden Erfolge

Abdis Abeba, von der Nord- und der Südfront werden keine großen Bewegungen gemeldet. Die abessinischen Truppenabteilungen, welche bei einem Zusammenstoß bei Nussa Ali am Montag 183 Italiener töteten, erbeuteten außerdem 20 Rohnzeuge, 50 Kamel und ein Zeltlager mit 150 Gewehren. Der Negus ist nach dreitägiger Reise wohlbehalten in Dessie eingetroffen. Sonntag wird eine große Führerbesprechung dort stattfinden. Von allen Armeeteilen sind Abgesandte in Dessie eingetroffen.

fürsorge für Arbeitslose Stellung und erteile die notwendigen Aufschlüsse über die National-Schule für Gesundheit und soziale Fürsorge, wobei er verleiht, daß gewisse etwa noch offene Fragen schon in den nächsten Tagen im Verkehr mit den zuständigen Ressorts und der Reichsleiter-Stellung geklärt werden sollen, so daß der Eröffnung des Sanitätsbetriebes nichts mehr im Wege steht.

Schließlich besprach er alle im Zuge der Aussprache erörterten Wünsche in der Richtung der stärkeren Unterstützung der Körperkulturbestrebungen und erklärte, daß die dem Ministerium zur Unterstützung der Organisationen des Turn- und Sportwesens in doppelter Höhe bewilligte Budgetpost von 400.000 Kč es ermöglichen wird, den Organisationen der Körperkultur Subventionen zur Unterstützung ihrer Tätigkeit zu gewähren. Hierbei bemerkt er, daß die von einem Teil der Presse in die Welt gesetzte Behauptung, als sollte der obige Betrag für die Berliner Olympiade verwendet werden, den Tatsachen nicht entspricht. Davon sei bei den Verhandlungen über das Budget des Gesundheitsministeriums nicht mit einem einzigen Wort die Rede gewesen.

Nachdem der Minister hinsichtlich des Subventionswesens eine Reorganisation in Aussicht gestellt hatte, gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die Gesundheitsverwaltung mit Unterstützung des Gesundheitsministeriums, welcher bei den abgeführten Beratungen eine so letzte Einmütigkeit an den Tag gelegt habe, alle Kräfte anspannen werde, um über die großen Schwierigkeiten, mit denen sie jetzt zu kämpfen hat, hinwegzukommen.

Dem Schlußwort des Ministers Dr. Czech folgte sodann die Abstimmung über die eingebrachten Anträge, worauf das Exposé des Ministers, wie wir schon kurz meldeten, vom Gesundheitsauschuss einstimmig genehmigt wurde.

Handelspolitische Aktivität

Zahlreiche Handelsvertragsverhandlungen zur Förderung des Außenhandels

Entsprechend dem Vortrang, der heute dem Außenhandel in den Bemühungen um die Flottmachung der Wirtschaft zukommt, sind die Regierungen aller Länder bestrebt, das Netz ihrer Handelsabkommen und -Verträge auszubauen und zu vervollständigen. Das ist aber heute ein ungleich schwierigeres Beginnen als früher. Denn es handelt sich ja dabei nicht nur darum, rechtmäßige Vereinbarungen über den Außenhandel mit den Partnern zustandezubringen, sondern vor allem darum, daß sich der Handelsverkehr auch auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge reibungslos vollzieht.

Da nun während der Krise handelspolitische Abkommen und Verträge nur mit verhältnismäßig kurzer Laufzeit unterzeichnet wurden, da außerdem der tägliche Außenhandelsverkehr eine nicht abbrechende Kette von Schwierigkeiten hervorbringt, so laufen fortgesetzt gleichzeitig eine ganze Anzahl von Verhandlungen mit dem Ziele, die eigene Ausfuhr und den gesamten Handelsverkehr mit den ausländischen Partnern zu fördern.

Diese Verhandlungen gestalten sich heute mit den einzelnen Ländern mitunter außerordentlich kompliziert. Als Beispiel dafür seien die tschechoslowakisch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen angeführt. Sie ziehen sich jetzt schon länger als einunddreißig Jahre hin, ohne zu einem Ergebnis gebracht werden zu können. Im September erst waren sie nach neuerlichen Verhandlungen wieder vertagt worden und sollten im November weitergeführt werden. Jetzt wird nun mitgeteilt, daß ihre Wiederaufnahme verschoben worden ist und daß erst nach Beginn des nächsten Jahres mit dem Stattfinden von Verhandlungen mit Oesterreich gerechnet werden darf. Der Handelsverkehr mit Oesterreich vollzieht sich noch auf der Grundlage eines Handelsvertrages mit Reichsbürgerschaftsklausel aus dem Jahre 1922, der später durch zwei Zolltarifverträge ergänzt worden ist.

Seitdem hat aber der tschechoslowakische Handel mit Oesterreich tiefgehende Wandlungen durchgemacht. Oesterreichs Anteil an der tschechoslowakischen Ausfuhr ist stark zurückgegangen. Dennoch ist die Handelsbilanz zugunsten der Tschechoslowakei stark aktiv. In den ersten neun Monaten 1935 ergab sich wiederum ein Ausfuhrüberschuß von über 300 Millionen Kronen. Dieses Passivum drückt auf Oesterreich, da seine Handelsbilanz auch mit einer Reihe anderer Staaten ebenfalls passiv ist. Die österreichische Regierung strebt darum auf einen Ausgleich der Handelsbilanz hin. In den mehrfach geführten Verhandlungen haben die österreichischen Unterhändler eine Beschränkung der Einfuhr gewisser tschechoslowakischer Waren und eine Steigerung der Ausfuhr bestimmter Erzeugnisse ihres Landes nach der Tschechoslowakei gefordert. Die tschechoslowakische Handelsdelegation hat diesen Vorschlägen im einzelnen nicht entsprechen können. Sie unterbreitete im Sommer ein Vorzugsangebot, von dem es noch vor wenigen Tagen hieß, daß es im großen und ganzen in Oesterreich gut aufgenommen worden sei. Von tschechoslowakischer Seite wird immer darauf verwiesen, daß zwar die Handelsbilanz für Oesterreich passiv sei, daß aber die Zahlungsbilanz, in der alle gegenseitigen Zahlungen verrechnet werden, das Passivum ausgleiche. Vor allem ist in diesem Jahre ein besonders starker Touristenstrom aus unserem Staate nach Oesterreich gelangt worden, so daß dem österreichischen Verlangen nach einem völligen Ausgleich der Handelsbilanz nicht entsprochen werden kann. Dieser Gegenlag der Meinungen konnte — wie sich nunmehr herausgestellt hat — bisher nicht überbrückt werden.

Mit Ungarn sind eben jetzt neue Handelsvertragsverhandlungen aufgenommen worden. Das Ziel ist dabei der Abschluß eines Abkommens über den gegenseitigen Warenverkehr für das ganze Jahr 1936. Das steht in Kraft befindliche Abkommen verliert seine Gültigkeit Ende des laufenden Jahres mit Ausnahme jener Bestimmungen, die den Export von Holz aus der Tschechoslowakei und den Transport von ungarischen

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Die SdP und der Kunauer Mord

Merkwürdige Begründungen:
Weil die Firma Terror übt, wird ein Angestellter ermordet?

In der Budgetdebatte hat der Abgeordnete Herr Henlein sich gegen die Bemerkungen des Genossen Taub über die Rolle der SdP bei der ideologischen Vergiftung der Atmosphäre im Grenzgebiet gewandt. Er versuchte zunächst jede Kusssprache als „Eingriff in die Voruntersuchung“ abzuwehren. Weiter sagte er — nun selbst „eingreifend“ — es handle sich einfach um die „Hiliche Brunnenvergiftung“. Drittens behauptete er, die SdP verwerfe jeden Mord und habe mit keinem etwas zu tun. Man braucht nur an das Echo der Morde an Lesing und Formis in den Kreisen der SdP und des Kameradschaftsbundes, an ihr Schweigen zu den vielen Morden in Deutschland erinnern, um zu zeigen, wie haltlos diese Nachfertigung ist. Endlich aber ließ sich Herr Knorre, der doch weder in die Untersuchung eingreifen noch den Mord billigen, noch etwas von ihm und seinen Hintergründen wissen will, merkwürdigerweise herbei, die Ursachen des Mordes oder was er dafür hält, breit darzulegen. Er betonte, die SdP erkläre ja immer,

den Weg hat als der Ermordete, die Arbeiter ausbeuten. Man wird sich diese Stellungnahme der SdP merken müssen.
Im übrigen meldet das „Vöckerei Gesté Elov“, daß der ermordete Rosenzweig als Kronzeuge in den Prozessen gegen einige der staatsfeindlichen Tatkinder angeklagt worden sei. Das Blatt führt hinzu: „Durch Mord wurde er aus dem Wege geschafft.“ Man wird diesen Umstand nicht übersehen dürfen, wenn man nach den Ursachen des Mordes forscht. Aber wir verstehen, daß Herr Knorre gerade diesen Umstand nur so gern übersehen hat.

Beredetes Schweigen

In Kunau ist ein deutscher Sozialdemokrat ermordet worden. Die „Zeit“, das Blatt des Herrn Henlein (und seines Herrn Knorr), der jetzt die anderen Parteien politischen Aushändlers lehnen will, brachte keine Zeile über diese rätselhafte Tat, nur ein paar Tage später eine parlamentarische „Erklärung“. Warum? Die Antwort darauf wird nicht nur jeder unferne Leser, sondern jeder anständige Mensch, der weiß, wieviel es mit der SdP geschlagen hat, selber geben können. Die „Zeit“ hat in ihren Spalten zwar Platz für vielfachgeleitete Verichte darüber, wie ausgezeichnet es gerade jetzt den Juden in Deutschland geht; die „Zeit“ hat Platz, um zu schildern, daß die Juden im Dritten Reich kulturell es sich gar nicht besser wünschen könnten, als ihnen das Los gerade jetzt dort bereitet wird. Aber über die Ermordung eines deutschen Sozialdemokraten im Grenzgebiet zu berichten — dazu hat die „Zeit“ weder Zeit noch Interesse! Wahrscheinlich können die Herren sich

Erschütternde Folgen der Krise

Schwerkranke lehnen Helffürsorge ab, um nicht die Arbeit zu verlieren

Im Budgetausschuß legte Genosse Taub in der Debatte über das Gesundheits- und Fürsorgengesetz an Hand einer Krankenkassenstatistik erschütternde Beweise dafür vor, wie die Krise jene Leute, die noch einen Arbeitsplatz haben, dazu zwingt, ohne die geringste Rücksicht auf ihren oft schlechten Gesundheitszustand, ja auf ausgeprägte Krankheitserscheinungen weiterzuarbeiten und die Helffürsorge der Krankenkassen abzuwehren, weil mit der Verletzung in den Krankenzustand der Verlust des Arbeitsplatzes in bedrohlicher Nähe rückt und niemand weiß, ob er nach der Genesung noch einmal Arbeit finden würde.

Die Statistik umfaßt 24 Krankenträgervereine, anstalten für Nord- und Nordwestböhmen sowie für Nordmähren. Ihr Mitgliederbestand betrug im Jahre 1930 noch 365.588, im Jahre 1934 nur mehr 260.146. Der Krankenstand betrug im Jahre 1930 165.259 Fälle oder 45 Prozent, im Jahre 1934, also nach fünf Jahren Krise und nach einer zweifellos großen Verschärfung der Widerstandskraft der Arbeiter nur 92.165 Fälle oder 34 Prozent. Die Krankenkassen betragen 1930 80,2 Millionen Kč, d. h. auf das einzelne Mitglied 219 Kč, 1934 30,1 Millionen Kč oder pro Mitglied 111 Kč. Die Krankenkosten betragen 22,8 bzw. 10,2 Millionen, für Medikamente wurden 14,7 bzw. 10,9 Millionen Kč ausbezahlt; die Spitalkosten machten 1930 12,4 Millionen oder 35 Kč pro Mitglied aus, im Jahre 1934 aber 16,8 Millionen oder fast 63 Kč pro Mitglied.

Darum ersieht man nicht etwa, daß sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung gebessert hätte, sondern daß die Mitglieder die größte Angst davor haben, sich krank zu melden, aus Furcht, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.
Nach den Berichten der Ärzte waren die Erscheinungen einer allgemeinen Schwäche

darauf verlassen, daß ihre Anhänger von solchen Geschichten durch die Flüsterpropaganda schon genügend unterrichtet werden. Und es ist eben so, wie Genosse Taub kürzlich im Parlament festgestellt hat: man kann und muß diese Leute an dem erkennen, was sie draußen reden; und — fügen wir hinzu — an dem, was sie in Prag und draußen öffentlich zu veröffentlichen trachten. Nur daß sie es nicht in der Hand haben, mit ihrem System das System hier gleichzusetzen, daß sie nicht etwa, wie Herr Henlein, der ganzen Presse Kommandieren können, vorüber zu berichten ist und worüber nicht. Und so erfährt die Welt auch den Fall Kunau aus vielen Sprachproben. Und weiß sich ihm um so richtiger zu erklären, je lauter die „Zeit“ dazu schweigt!

Nentwich aus der SdP ausgeschlossen

Der ehemalige nordböhmische Abgeordnete der SdP, Ingenieur Nentwich aus Tetschen ist, wie parteiamtlich mitgeteilt wird, aus der Partei ausgeschlossen worden. In der Begründung heißt es, daß Nentwich an dem Beschluß der Parteileitung, demzufolge er sein Mandat niederlegen mußte, Kritik geübt und eine Broschüre herausgegeben habe, die Angriffe gegen die führenden Männer der Sudetendeutschen Parteienthieleit. In der parteiamtlichen Kundgebung heißt es, Nentwich sei ein kluger Mensch und guter Redner, aber kein Kamerad.
Natürlich! Kameraden hatten doch das Maul und kritisierten nicht. Im übrigen ist die Laufbahn des Herrn Nentwich typisch für die neue Garantie von politischen Führern, die das Sudetendeutentum mit dem Aufstieg der SdP erhalten hat. Herr Nentwich ist ein ehrgeiziger Geschäftsmann, der anscheinend fast berechnend auf eine gute Karriere ausging, die seinem Geschäft aufzufließen konnte. Als es damit Esig wurde, begann er Kritik zu üben, und nun wird er kurzerhand expedit. Es ist einer des andern würdig in dieser „Vollgemeinschaft“!



Walter Rosenzweig ermordet am 26. November 1935

Geht es den Hausherrn schlecht?

Wenn sie einen Verlust von 14 Milliarden aushalten

Im Budgetausschuß kam Genosse Taub u. a. auch auf die Attacke des Agrariers Dr. Vrtilik gegen den Nieterschub zu sprechen.
Denn Dr. Vrtilik, erklärte Genosse Taub, geht fäher von falschen Prämissen aus. Ich kann momentan nicht überprüfen, ob die von ihm angeführten Berechnungen, daß angeblich 14 Milliarden an nicht valorisierten Wertigkeiten dem Volksvermögen verloren gegangen seien, zutreffen. Er leistet mit dieser Aufstellung den Hausherrn eher einen schlechten Dienst. Wenn die Hausherrn einen Verlust von 14 Milliarden ertragen könnten, dann geht es ihnen doch glänzend!
Herr Dr. Vrtilik hätte sich fragen müssen, was geschehen und wie es den breiten Schichten der Bevölkerung ergangen wäre, wenn wir den Nieterschub nicht gehabt hätten!
Die Frage des Nieterschubes wird uns in der nächsten Zeit wieder beschäftigen. Ich bin dafür, daß nur diejenigen des Nieterschubes teilhaftig werden, deren Einkommen so bedchaffen ist, daß sie des Nieterschubes wirklich bedürfen.

Prozeß gegen faszistische Jungmänner

Bei nicht großem Interesse des Publikums wurde gestern vor dem Ostrauer Kreisgericht der Prozeß gegen 20 Funktionäre der faszistischen Junaken aus der ganzen Ostrauer Umgebung eröffnet. Drei von ihnen, die Kreisfunktionäre Wilhelm Prajäl, 25jähriger Privatbeamter aus Mähr.-Ostrau, E. Jančár, 33jähriger Privatbeamter aus Schlesijs-Ostrau, und Vladimír Hložák, 41jähriger Schneidermeister aus Ostrau sind des Verbrechens der Vorbereitung von Anschlägen gegen die Republik auf Grund § 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik angeklagt. Die Anklage gegen die übrigen lautet auf Vergehen gegen das gleiche Gesetz. Keun von diesen, deren Alter sich zwischen 25 bis 50 Jahren bewegt, sind nach dem amtlichen Strafregister wegen Betrügereien und Diebstählen vorbestraft, einer von ihnen sogar neunmal. Die Organisation der Junaken der nationalen Faschitenge-meinde wurde von der Polizeidirektion in Mähr.-Ostrau am 27. Mai 1932 aufgelöst.
Vorsitzender des Straffenates ist Obergerichtsrat Dr. Gajda, öffentlicher Ankläger Dr. Trojánel, die Verteidigung hat Dr. Adam übernommen. Die vorläufige Verhandlung ist mit der Verlesung der Anklageschrift ausgefüllt. Nachmittags begann das bis in die Abendstunden dauernde Verhör der Angeklagten. Alle Angeklagten behaupten, so weit sie Mitglieder der faszistischen Junaken waren, keine militärischen Übungen abgehalten zu haben und daß ihre Organisation und Vereinserziehung keineswegs antisozial gewesen sei.
Abg. Dr. Branzowitsch schilderte Samstag als Zeuge die Gründung der Faschitengemeinde und deren Programm, insbesondere was die Propaganda für den Ständestaat betrifft. Das Führerwesen in der faszistischen Partei stellte keine Diktatur dar und Gajda sei zum Führer gewählt worden. Dr. Branzowitsch gibt sodann darüber Aufklärung, daß die Partei eine Regimeänderung im Staate nicht mit Gewalt, sondern auf legalem Wege durchführen wollte und dies in Übereinstimmung mit den Grundsätzen Gajdas steht.

Nachträgliche Anerkennung höherer Renten an Kriegbeschädigte? Im Budgetausschuß regte der Berichterstatter zum Kapitel „Soziale Fürsorge“ Genosse Chalupa an, durch Novellierung des Gesetzes über die Kriegbeschädigten die Annahme von Verschlechterungen im Gesundheitszustand von Invaliden (zur Erreichung einer höheren Rente) auch nach der geschlichen Frist von zehn Jahren zuzulassen. Es gibt einige Duzend Fälle, wo nachträglich eine Verschlechterung der Invalidität bis zur völligen Hilflosigkeit eintrat. Bisber ist eine Erhöhung der Rente in solchen Fällen nicht möglich gewesen. Der Gesamtauswand würde nicht mehr als 400.000 Kč betragen; das Fürsorgeministerium hat sich bereit erklärt, diesen Betrag aus seinen Mitteln zu decken. Der Referent trat für eine beschleunigte Vorlage dieser Novelle ein, die die Nationalversammlung fäher annehmen würde.

Eigennutz geht vor Gemeinnutz!

Nazi-Presseschef unterschlägt hunderttausende Mark

In der Gauleitung der Berliner Nazi-Partei ist eine riesige Korruption aufgedeckt. Unter der Beschuldigung schwerer Unterschlagungen begangen zu haben, wurde der Presseschef des Gaues Groß-Berlin Schulze-Wesfungen verhaftet, der auch die Filmabteilung der Reichpropagandastelle der Nationalsozialistischen Partei geleitet hat. Die vermutete Summe, um die die Partei durch die Unterschlagungen von Schulze-Wesfungen geschädigt worden ist, soll mehrere hunderttausend Mark betragen. Natürlich dürfen die

Zeitungen in Deutschland über diese Affäre vorläufig nichts bringen.
Ein Gerücht, daß Schulze-Wesfungen im Moskauer Untersuchungsgericht einen Selbstmordversuch unternommen haben soll, bestätigt sich nicht. Es ist damit zu rechnen, daß das Strafverfahren gegen Schulze-Wesfungen noch im Dezember durchgeführt wird. Die Lesefähigkeit dürfte aber, wie verantwortet, von den Verhandlungen dieses Prozesses bis zur Urteilsverkündung ausgeschlossen werden.

